

Internetrecht und Digitale Gesellschaft

Band 69

„Plattformgerichte“ und Grundrechte

**Die Grundrechtsbindung
von quasi-judikativen Plattformräten und
ihr Beitrag zum Schutz der Nutzerinnen und Nutzer
am Beispiel von Metas Oversight Board**

Von

Jan Henrik Schillmöller



Duncker & Humblot · Berlin

JAN HENRIK SCHILLMÖLLER

„Plattformgerichte“ und Grundrechte

Internetrecht und Digitale Gesellschaft

Herausgegeben von
Dirk Heckmann

Band 69

„Plattformgerichte“ und Grundrechte

Die Grundrechtsbindung
von quasi-judikativen Plattformräten und
ihr Beitrag zum Schutz der Nutzerinnen und Nutzer
am Beispiel von Metas Oversight Board

Von

Jan Henrik Schillmöller



Duncker & Humblot · Berlin

Die TUM School of Social Sciences and Technology
der Technischen Universität München hat diese Arbeit
im Sommersemester 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: TextFormA(r)t, Daniela Weiland, Göttingen
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 2363-5479
ISBN 978-3-428-19390-5 (Print)
ISBN 978-3-428-59390-3 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2024 von der TUM School of Social Sciences and Technology der Technischen Universität München als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und wissenschaftlicher Diskurs wurden aufgrund der Fertigstellung im Frühjahr 2024 bis zu diesem Zeitpunkt berücksichtigt. Nachträglich überarbeitet wurden lediglich die Bezugnahmen auf das mittlerweile in Kraft getretene Digitale-Dienste-Gesetz und die damit einhergehenden Änderungen im Netzwerkdurchsetzungsgesetz.

Mein Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Dirk Heckmann, für die engagierte Betreuung meines Promotionsvorhabens. Seine wertvollen Anregungen haben maßgeblich zum Gelingen dieser Dissertation beigetragen. Ebenso danke ich Herrn Prof. Dr. Boris Paal für die zügige Anfertigung des Zweitgutachtens und die damit verbundenen weiterführenden Hinweise, sowie Herrn Prof. Dr. Urs Gasser, der als Vorsitzender der Prüfungskommission für einen reibungslosen Ablauf des Promotionsverfahrens gesorgt hat. Besonders bedanken möchte ich mich beim Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) für die großzügige Unterstützung meines Promotionsprojekts. Zunächst für die Gewährung eines Druckkostenzuschusses, gleichzeitig hat aber auch meine Zeit als wissenschaftlicher Referent am Institut und die interdisziplinäre Forschung dort die vorliegende Arbeit wesentlich geprägt. Mein Dank gilt hier in erster Line und ganz besonders Steliyana Doseva, mit der ich mir nicht nur drei Jahre lang ein Büro teilen durfte, sondern die als meine wissenschaftliche Sparringspartnerin die Entstehung dieser Dissertation und meine wissenschaftliche Entwicklung entscheidend beeinflusst hat, sowie unserem Projektteam um Prof. Dr. Hannah Schmid-Petri und Fay Carathanassis und weiterhin Dr. Andreas Wenninger, der unsere Forschung tatkräftig unterstützt hat. Des Weiteren möchte ich mich beim Rest des Teams des bidt für die gemeinsame Zeit und die inspirierenden Gespräche bedanken, insbesondere bei Jan Tinapp, Katharina Hundhammer, Kevin Altmann, Larissa Wöll und Lea Müller. Außerdem gilt mein Dank Julia-Katharina Horn, die maßgeblich dazu beigetragen hat, dass ich das Projekt Dissertation in Angriff genommen habe.

Zuletzt danken möchte ich meinen Eltern Ute und Clemens-August Schillmöller ohne deren jahrelange Unterstützung diese Arbeit nicht zustande gekommen wäre, sowie meiner Schwester Verena Schillmöller, die großzügiger Weise meine Arbeit lektoriert hat und ohne deren wertvolle Hilfe diese Arbeit so nicht zustande gekommen wäre.

Inhaltsverzeichnis

Teil 1

Einleitung	15
A. „Plattformgerichte“ im digitalen Kommunikationsraum	15
B. Erkenntnisgegenstand und Forschungslücke	18
C. Gang der Untersuchung	19
D. Begriffsbestimmungen	20

Teil 2

Private Entscheidungsstrukturen im Kommunikationsraum des digitalen Zeitalters	22
A. Meinungsfreiheit und Meinungsbildung im digitalen Zeitalter	22
I. Der verfassungsrechtliche Kontext	23
1. Schutz der Meinungsfreiheit im Internet	23
2. Die Schutzrichtungen der Meinungsfreiheit	25
3. Die Bedeutung der Massenmedien für die Meinungsfreiheit	26
II. Meinungsbildung im Wandel	28
1. Kommunikations- und Informationswandel	29
2. Herausforderungen eines Informationsüberangebots	30
III. Die Bedeutung von Medienintermediären	31
1. Funktionen von Medienintermediären	32
2. Bedeutung sozialer Netzwerke	34
3. Wirtschaftliche Machtstellung von Medienintermediären	35
4. Gefahren für die Meinungsbildung	36
IV. Die Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit durch private Regulierungs- und Moderationstätigkeit	40
1. Private Normsetzung	43
a) Rechtliche Qualifikation privater Regelungswerke	43
b) Reichweite privater Regelungswerke	46
2. Private Normdurchsetzung	47
a) Arten der Inhaltenmoderation	49

b) Sanktionsinstrumente	51
c) Probleme bei der Inhaltmoderation	52
V. Zwischenergebnis: Eine Erosion der Gewaltenteilung	54
B. Quasi-judikative Plattformräte – Das Beispiel des Oversight Board	57
I. Entwicklungsgeschichte	59
II. Charakteristika	63
1. Binnenrecht	63
a) Einleitung der Satzung	64
b) Mitglieder des OSB	65
c) Die Beziehungen zwischen Meta, Oversight Board und Treuhand- gesellschaft	67
aa) Rechte und Pflichten des Oversight Board	67
bb) Rechte und Pflichten von Meta	68
cc) Rechte und Pflichten der Treuhandgesellschaft und Treuhänderinnen und Treuhänder	69
d) Überprüfungsverfahren	69
e) Änderung der internen Regelwerke	73
2. Die Entscheidungspraxis des OSB im Überblick	74
3. Zwischenergebnis	77
III. Kritik	79
1. Förderung von Transparenz und Schutz der Nutzerinnen und Nutzerrechte ..	79
2. Legitimität einer weltweiten Regelsetzung durch das OSB	81
3. Regulierungsvermeidung	83
4. Unabhängigkeit des OSB	84
5. Kompetenzen und Ressourcen des OSB	87
6. Zwischenergebnis	90
IV. Das OSB als quasi-judikativer Plattformrat	91
V. Offene Fragen	96

Teil 3

Einordnung quasi-judikativer Plattformräte in das System der Grundrechtsbindung	98
A. Die Bindungswirkung der Grundrechte	99
I. Allgemeine Funktionen der Grundrechte	100
II. Funktionen der Bindungsklausel	103
1. Positivitäts-, Normativitäts- und Aktualitätsfunktion der Grundrechte	104

2. Wertordnung- und Richtlinienfunktion	105
3. Legitimationsfunktion	106
III. Wirksamkeits- und Geltungsvoraussetzungen	108
1. Institutionelle Indikatoren: Durchsetzbarkeit der Grundrechte und effektiver Grundrechtsschutz	112
2. Geistig-soziokulturelle Indikatoren: Anerkennung der Grundrechte	114
3. Interdependenz zwischen den institutionellen und den geistig-soziokulturellen Indikatoren	115
IV. Folgen der Bindungswirkung	116
V. Zwischenergebnis	118
B. Die Grundrechtsbindungen im System der Gerichtsbarkeit	119
I. Die Grundrechtsbindung der Rechtsprechung	120
1. Die Rechtsprechung im Grundgesetz	120
a) Die Rechtsprechung als dritte Gewalt	121
b) Der Rechtsprechungsbegriff des Grundgesetzes	123
c) Rechtsprechungsmonopol des grundgesetzlichen Richters	127
d) Zwischenergebnis	129
2. Umfang der Grundrechtsbindung	129
3. Überprüfbarkeit der Entscheidungen und Durchsetzbarkeit der Grundrechtsbindung	132
a) Der allgemeine Justizgewährungsanspruch	133
b) Die Rechtsweggarantie des Art. 19 Abs. 4 GG	133
aa) Abgrenzung zum allgemeinen Justizgewährungsanspruch	135
bb) Rechtsschutz gegen den Richter	135
c) Inhalt der Ansprüche	138
aa) Ausgestaltbarkeit durch den Gesetzgeber	139
bb) Zugang zum Rechtsschutz und Instanzenzug	140
cc) Effektivität des Rechtsschutzes	141
4. Die Grundrechtsbindung der mittelbaren Gerichtsbarkeit	143
a) Zulässigkeit und Grenzen	143
b) Reichweite der Grundrechtsbindung, Überprüfbarkeit der Entscheidungen und Durchsetzbarkeit der Grundrechte	144
II. Die Grundrechtsbindung der supranationalen Gerichtsbarkeit	146
1. Umfang der Grundrechtsbindung	147
2. Überprüfbarkeit der Entscheidungen und Durchsetzbarkeit der Grundrechte	148
a) Grundrechtsschutz gegenüber Entscheidungen von Organen der Europäischen Union	149
aa) Kontrollmaßstab	151
bb) Kontrollvorbehalte	152

b) Grundrechtsschutz gegenüber Entscheidungen des EGMR	155
III. Die Grundrechtsbindung der kirchlichen Gerichtsbarkeit	158
1. Verfassungsrechtlicher Rahmen	158
2. Umfang der Grundrechtsbindung	160
3. Überprüfbarkeit der Entscheidungen und Durchsetzbarkeit der Grundrechte	162
IV. Die private Gerichtsbarkeit im Grundrechtsgefüge	164
1. Zulässigkeit und Grenzen	165
2. Die Schiedsgerichtsbarkeit	168
a) Umfang der Grundrechtsbindung	170
b) Überprüfbarkeit der Entscheidungen und Durchsetzbarkeit der Grundrechte	172
c) Sonderfall: Internationale Schiedsgerichtsbarkeit	175
3. Die Vereins- und Verbandsgerichtsbarkeit	177
a) Abgrenzung zur Schiedsgerichtsbarkeit	178
b) Umfang der Grundrechtsbindung	179
c) Überprüfbarkeit der Entscheidungen und Durchsetzbarkeit der Grundrechte	180
4. Paralleljustiz	182
V. Typologie	183
VI. Einordnung quasi-judikativer Plattformräte in die Typologie	189
VII. Zwischenergebnis: Die Grundrechtsbindung quasi-judikativer Plattformräte als <i>sui generis</i> -Institut der privaten Gerichtsbarkeit	192
1. Beachtung der Verfahrensgrundrechte	193
2. Materiell-rechtliche Beachtung der Grundrechte	194
3. Übertragbarkeit auf das Oversight Board	195
C. Grundrechtsbindung quasi-judikativer Plattformräte als Teil eines marktstarken Medienintermediärs	197
I. Die Lehre von der mittelbaren Drittwirkung der Grundrechte	198
1. Keine unmittelbare Grundrechtsbindung Privater	199
2. Die Grundprämissen der mittelbaren Drittwirkung	200
3. Adressaten der mittelbaren Drittwirkung	203
4. Kritik an der mittelbaren Drittwirkung	204
5. Verhältnis zur Schutzpflichtenlehre	206
6. Zwischenergebnis	209
II. Renaissance der unmittelbaren Drittwirkung?	209
1. Unmittelbare Grundrechtsbindung aus Funktionsnachfolge	210
2. Unmittelbare Grundrechtsbindung im Rahmen des Digital Services Act	213
a) Grammatikalische Auslegung	214
b) Systematische Auslegung	215

c) Historische Auslegung	216
d) Teleologische Auslegung	218
e) Zwischenergebnis	218
III. Intensivere Drittwirkung	219
1. Herleitung einer intensiveren Drittwirkung	220
a) Ableitung aus der Rechtsprechung	220
b) Ableitung aus der Sozialbindung des Eigentums	221
2. Inhalt der intensiveren Drittwirkung	222
a) Voraussetzungen für eine intensivere Drittwirkung	222
b) Adressaten der intensiveren Drittwirkung	223
c) Die mittelbare Drittwirkung des allgemeinen Gleichheitssatzes	223
3. Folgen der intensiveren Drittwirkung für die Kommunikations- und Meinungsbildungsprozesse	224
4. Übertragbarkeit der Grundsätze	226
a) Anwendbarkeit in Bezug auf die Anbieter marktstarke Kommunikations- plattformen	226
aa) Faktische Machtposition	227
bb) Bedeutung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben	228
cc) Ausweglosigkeit	229
dd) Zwischenergebnis	229
b) Anwendbarkeit in Bezug auf quasi-judikative Plattformräte	230
IV. Bewertung	231
1. Normative Geltungsdimension	231
a) Unmittelbare Grundrechtsbindung	231
b) Intensivere Drittwirkung	234
2. Faktische Geltungsdimension	237
a) Institutionelle Indikatoren	237
b) Geistig-soziokulturelle Indikatoren	239
3. Interdependenzen der Geltungsdimensionen	240
V. Zwischenergebnis	241
D. Zwischenergebnis	243

Teil 4

Verbesserung des Grundrechtsschutzes der Nutzerinnen und Nutzer	245
A. Effektiver Grundrechtsschutz durch das Oversight Board	248
B. Einbettung quasi-judikativer Plattformräte in ein dysfunktionales System des Grund- rechtsschutzes	251

I.	Untauglichkeit bisherige Regulierung	251
1.	Netzwerkdurchsetzungsgesetz	252
a)	Effektiver Grundrechtsschutz durch das Meldeverfahren, § 3 NetzDG a.F.	252
b)	Effektiver Grundrechtsschutz durch das Gegenvorstellungsverfahren, § 3b NetzDG a.F.	256
c)	Effektiver Grundrechtsschutz durch außergerichtliche Streitbeilegung im NetzDG a.F.	258
2.	Digital Services Act	259
a)	Effektiver Grundrechtsschutz durch das Melde- und Abhilfeverfahren, Art. 16 DSA	261
b)	Effektiver Grundrechtsschutz durch das interne Beschwerdemanagementsystem, Art. 20 DSA	265
c)	Effektiver Grundrechtsschutz durch außergerichtliche Streitbeilegung im DSA	266
3.	Effektiver Grundrechtsschutz durch zivilrechtliche Verfahren	269
II.	Effektiver Grundrechtsschutz durch die plattforminternen Beschwerdeverfahren	270
III.	Ansatz der Rechtsprechung: „Grundrechtsschutz durch Verfahren“	271
1.	Hintergrund: Der status activus processualis	272
2.	Gewährleistung von Grundrechtsschutz durch Verfahren durch marktstarke Medienintermediäre und quasi-judikative Plattformräte	274
3.	Kritische Würdigung	276
a)	Dogmatische Kritik	276
b)	Effektiver Grundrechtsschutz durch einen „Grundrechtsschutz durch Verfahren“	277
IV.	Zwischenergebnis	279
C.	Notwendigkeit der Weiterentwicklung des Grundrechtsschutzes	281
I.	Gesetzgeberischer Handlungsbedarf und Herausforderungen bei der Regulierung	282
II.	Gestaltungsmöglichkeiten	285
III.	Eigene Ansätze	288
1.	Verbesserung des Grundrechtsschutzes durch Grundrechtsobliegenheiten	289
a)	Inhalt der Obliegenheiten	290
b)	Kritische Würdigung	291
c)	Zwischenergebnis	292
2.	Grundrechtsschutz durch automatisierte Verfahren	292
a)	Einfluss automatisierter Systeme	293
b)	Grundsatz der algorithmischen Waffengleichheit	295
aa)	Inhalt des Grundsatzes der algorithmischen Waffengleichheit	296

bb) Dogmatische Ableitung des Grundsatzes der algorithmischen Waffengleichheit	297
cc) Herausforderungen beim Grundrechtsschutz durch den Einsatz automatisierter Systeme	299
dd) Chancen durch den Grundsatz der algorithmischen Waffengleichheit	302
ee) Zwischenergebnis	303
c) Zwischenergebnis	304
3. Zwischenergebnis	305

Teil 5

Ergebnis und Zusammenfassung	307
A. Fazit	307
B. Zusammenfassung in Thesen	310
I. Private Entscheidungsstrukturen im Kommunikationsraum des digitalen Zeitalters	310
1. Meinungsfreiheit und Meinungsbildung im digitalen Zeitalter	310
2. Quasi-judikative Plattformräte – das Beispiel des Oversight Board	310
II. Einordnung quasi-judikativer Plattformräte in das System der Grundrechtsbindung	311
1. Die Bindungswirkung der Grundrechte	311
2. Die Grundrechtsbindungen im System der Gerichtsbarkeit	311
3. Grundrechtsbindung als Teil eines marktstarken Medienintermediärs	312
a) Keine unmittelbare Grundrechtsbindung	312
b) Keine intensivere Drittwirkung	312
III. Verbesserung des Grundrechtsschutzes der Nutzerinnen und Nutzer	313
1. Effektiver Grundrechtsschutz durch das Oversight Board	313
2. Einbettung quasi-judikativer Plattformräte in ein dysfunktionales System des Grundrechtsschutzes	313
3. Ansatz der Rechtsprechung: „Grundrechtsschutz durch Verfahren“	314
4. Notwendigkeit der Weiterentwicklung des Grundrechtsschutzes	314
a) Einführung von Grundrechtsobliegenheiten	315
b) Grundrechtsschutz durch automatisierte Verfahren	315
C. Ausblick	315
Literaturverzeichnis	318
Sachwortverzeichnis	359

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. F.	alter Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BGH	Bundesgerichtshof
bidt	Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation
BR-Drs.	Bundesrat-Drucksache
BT-Drs.	Bundestag-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CDA	Communications Decency Act
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
GO	Geschäftsordnung
h. M.	herrschende Meinung
i. e. S.	im engeren Sinne
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
IGH	Internationaler Gerichtshof
KG	Kammergericht
LG	Landgericht
LLC	Limited Liability Company
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NGO	Nichtregierungsorganisation
OLG	Oberlandesgericht
OSB	Oversight Board
vertr. A.	vertretene Ansicht

Teil 1

Einleitung

A. „Plattformgerichte“ im digitalen Kommunikationsraum

„Move fast and break things.“¹

Diese Formel war nicht nur lange Zeit das interne Motto von Meta (damals noch Facebook),² sondern wird von Jonathan Taplin genutzt, um das Geschäftsmodell digitaler Plattformkonzerne wie Meta, Google und Amazon zu beschreiben. Der Inhalt dieser Formel drückt sich insbesondere in der Veränderung der Möglichkeiten und Formen digitaler Kommunikation aus. Während die mit diesem „neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit“³ einhergehenden Gefahren für die Demokratie hinlänglich diskutiert werden,⁴ rücken aktuelle Entwicklungen Herausforderungen für die Rechtsstaatlichkeit in den Fokus. Die Einführung sogenannter „Plattformgerichte“ oder „Plattformräte“, wie dem als „Supreme Court“⁵ angekündigten „Oversight Board“ (OSB) von Meta lässt befürchten, dass die Unternehmen versuchen, den staatlichen Auftrag der Justizgewährung „zu zerbrechen“, um in Zukunft selbst über relevante Streitfragen zu judizieren.

Den Anbietern digitaler Kommunikationsplattformen⁶ kommt im digitalisierten Kommunikationsraum ein erheblicher Einfluss auf die Prozesse der demokratischen Meinungsbildung zu.⁷ Sie beeinflussen die Meinungsäußerung und Meinungsbildung und handeln dabei „quasi-legislativ“ wie auch „quasi-exekutiv“.⁸ Zwar wollen die Diensteanbieter mit der Einführung von „Plattformgerichten“ auf eine Reihe von Herausforderungen, die mit der Digitalisierung und Plattformisie-

¹ Taplin, Move fast and break things.

² Baer, Mark Zuckerberg Explains Why Facebook Doesn't 'Move Fast And Break Things' Anymore, www.businessinsider.com/mark-zuckerberg-on-facebooks-new-motto-2014-5, zuletzt geprüft am: 05.02.2024.

³ Hoffmann-Riem, AöR 2012, 509 (517 f.); ähnlich auch Seeliger/Seignani, in: Seeliger/Seignani (Hrsg.), Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?, 2021, Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie, 21.

⁴ Vgl. hierzu unten Teil 2 A. II. Meinungsbildung im Wandel und IV. Die Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit durch private Regulierungs- und Moderationstätigkeit.

⁵ Klein, Mark Zuckerberg on Facebook's hardest year, and what comes next, 2018, www.vox.com/2018/4/2/17185052/mark-zuckerberg-facebook-interview-fake-news-bots-cambridge, zuletzt geprüft am: 05.02.2024.

⁶ Zu den verwendeten Begrifflichkeiten vgl. unten Teil 1 D. Begriffsbestimmungen.

⁷ Vgl. Hierzu unten Teil 2 A. III. Die Bedeutung von Medienintermediären.

⁸ Vgl. hierzu unten Teil 2 A. V. Zwischenergebnis: Eine Erosion der Gewaltenteilung.

rung des Kommunikationsraumes einhergehen, reagieren,⁹ gleichzeitig ergänzen sie ihr Spektrum der privaten Entscheidungsfindung um eine „quasi-judikative“ Funktion.¹⁰

Diese „Erosion der Gewaltenteilung“¹¹, führt dazu, dass die Medienintermediäre im digitalen Kommunikationsraum alle Gewalten in einer Hand vereinen. Sie entscheiden selbst, ob Äußerungen auf ihren Plattformen getätigt werden dürfen oder nicht – und zwar losgelöst von Vorgaben der Meinungsfreiheit.¹² Die Diensteanbieter können die Äußerungen selbst überprüfen, Sanktionen selbstständig durchsetzen und schließlich auch über Beschwerden in ihren eigenen „Gerichten“ entscheiden. Sie handeln so als „Leviathane“ im Hobbes’schen Sinne und ihnen wird vorgeworfen, als absolutistische Gouverneure des Internets zu agieren.¹³

Eine Eingrenzung der absolutistischen Gewalt in Form von Grundrechten und der Gewaltenteilung ist schon von Locke und Rousseau vorgeschlagen worden.¹⁴ Diese Wertung greift das Grundgesetz in Art. 1 Abs. 3 auf: Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung werden an die Grundrechte gebunden. Dies soll eine Freiheit vom Staat gewährleisten und insbesondere dafür gesorgt werden, dass der Staat nicht in die Freiheitssphären des Einzelnen eingreift.¹⁵

Im Internetzeitalter übernehmen jedoch große Konzerne wie Amazon, Google oder Meta mit den von ihnen betriebenen Plattformen zunehmend Aufgaben, die klassischerweise der staatlichen Hoheitsmacht zugeordnet werden.¹⁶ Es sind nun sie, die in die Freiheitssphären der Einzelnen eingreifen, indem sie eigene Regeln festlegen, diese Regeln selbst durchsetzen und selbst Recht sprechen.¹⁷ Hierdurch wird nicht nur die Dichotomie zwischen grundrechtsgebundenem Staat und grundrechtsberechtigten Privaten ins Wanken gebracht, vielmehr wird die lang geführte Diskussion um die Geltung der Grundrechte im Privatrecht um eine neue Dimension ergänzt: Wie der Staat zur Begrenzung seines Gewaltmonopols an die Grundrechte gebunden ist, so sollen auch die marktstarken Diensteanbieter gebunden werden. Ob dabei über die Grundsätze der mittelbaren Drittwirkung hinausgehende Standards anzulegen sind, ist unklar und umstritten. So wird teilweise eine

⁹ Vgl. Hierzu unten Teil 2 B. I. Entwicklungsgeschichte.

¹⁰ Douek, Facebook’s New ‘Supreme Court’ Could Revolutionize Online Speech, in: lawfare, 2018; Golia, SSRN Journal 2021, 1 (1).

¹¹ Vgl. hierzu unten Teil 2 A. V. Zwischenergebnis: Eine Erosion der Gewaltenteilung.

¹² BGH, Urteil v. 29.07.2021 – III ZR 179/20 – NJW 2021, 3179 (3179).

¹³ Klonick, Harvard Law Review 2018, 1598 (1664).

¹⁴ Sommermann, in: Huber/Voßkuhle (Hrsg.), Grundgesetz, Art. 20 GG, Rn. 200.

¹⁵ Voßkuhle/Kaiser, JuS 2011, 411 (411); Jarass, in: Jarass/Kment (Hrsg.), Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Vorbemerkungen vor Art. 1 GG: Allgemeine Grundrechtslehren, Rn. 3.

¹⁶ Klonick, Harvard Law Review 2018, 1598 (1664); Douek/Klonick, Facebook Releases an Update on Its Oversight Board: Many Questions, Few Answers, in: lawfare, 2019; Bayer/Kalbhenh, ZUM 2021, 323 (327).

¹⁷ BGH, Urteil v. 29.07.2021 – III ZR 179/20 – NJW 2021, 3179 (3187); Heldt/Dreyer, Journal of Information Policy 2021, 266 (278).

„Renaissance der Lehre von der unmittelbaren Drittwirkung der Grundrechte“¹⁸ postuliert, andere sprechen von einer „intensiveren Drittwirkung“.¹⁹ Ansätze, die sich teilweise auch in der Rechtsprechung von Bundesgerichtshof²⁰ und Bundesverfassungsgericht²¹ wiederfinden lassen. Zudem stellt auch Art. 14 Abs. 4 des Digital Services Act (DSA)²² einen neuen normativen Bezugspunkt für eine mögliche erweiterte Grundrechtsbindung dar. Die Frage, inwieweit quasi-judikative Gremien wie das OSB an die Grundrechte gebunden sind und ob sich die entsprechenden Ansätze übertragen lassen, ist dabei noch offen. Und dies, obwohl quasi-judikative Plattformräte in einem der grundrechtssensibelsten Bereiche überhaupt Entscheidungen treffen. So ist es Aufgabe des OSB, die Meinungsfreiheit zu schützen und sie in ein „wohlüberlegtes Gleichgewicht“ mit anderen grundrechtlich geschützten Werten zu bringen.²³ Das OSB entscheidet in Fällen, in denen es um private Einschränkungen der für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung schlechthin konstituierende Meinungsfreiheit²⁴ geht und gleichzeitig kollidierende Werte und Rechtsgüter geschützt werden müssen, wie das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG).

Neben der Frage nach der Reichweite von Grundrechten gegenüber marktstarken Privaten und deren quasi-judikativ handelnden Plattformräten, lässt sich die Einführung von quasi-judikativen Plattformräten aber auch im Kontext der privaten Streitbeilegung verorten. Hier sind Institute der privaten Gerichtsbarkeit kein Novum. Konsequenterweise wurde das OSB bereits mit der Schieds- oder Vereinsgerichtsbarkeit verglichen,²⁵ aber auch Ähnlichkeiten zur Kirchen- oder zur supranationalen Gerichtsbarkeit werden angedeutet.²⁶ Zusätzlich finden sich sowohl im Netzwerkdurchsetzungsgesetz als auch im DSA Gremien der außergerichtlichen Streitbeilegung. Dies wirft weitere Ansatzpunkte auf, um Auflagen und Beschränkungen von Gremien wie dem OSB zu untersuchen.

¹⁸ Cornils, in: Stern/Sodan/Möstl (Hrsg.), Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Staatenverbund, Band 3, 2022, § 69 Grundrechtsgeltung im Privatrecht, Rn. 2.

¹⁹ Heldt, Intensivere Drittwirkung.

²⁰ BGH, Urteil v. 29.07.2021 – III ZR 179/20 – NJW 2021, 3179; BGH, Urteil v. 29.07.2021 – III ZR 192/20 – GRUR-RS 2021, 23182.

²¹ BVerfG, Beschluss v. 11.04.2018 – 1 BvR 3080/09 – BVerfGE 148, 267; BVerfG, Beschluss v. 22.5.2019 – 1 BvQ 42/19 – NJW 2019, 1935.

²² Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG. ABl. L 277, 1.

²³ Oversight Board, Satzung des Oversight Boards; Zuckerberg, A Blueprint for Content Governance and Enforcement, 2018, www.facebook.com/notes/751449002072082/?hc_location=ufi, zuletzt geprüft am: 05.02.2024.

²⁴ BVerfG, Urteil v. 15.01.1958 – 1 BvR 400/51 – BVerfGE 7, 198 (208).

²⁵ Vgl. hierzu unten Teil 3 B. Die Grundrechtsbindungen im System der Gerichtsbarkeit, insbesondere Teil 3 B. IV. Die private Gerichtsbarkeit im Grundrechtsgefüge.

²⁶ Vgl. hierzu unten Teil 3 B. Die Grundrechtsbindungen im System der Gerichtsbarkeit, insbesondere Teil 3 B. II. Die Grundrechtsbindung der supranationalen Gerichtsbarkeit und Teil 3 B. III. Die Grundrechtsbindung der kirchlichen Gerichtsbarkeit.